

# Weisung 201710007 vom 20.10.2017 - Wahrnehmung der Trägerverantwortung bei Revisionsverfahren vor dem Bundessozialgericht

**Laufende Nummer:** 201710007

**Geschäftszeichen:** GR 11 – II-7001 / II-7005

**Gültig ab:** 20.10.2017

**Gültig bis:** 31.12.2020

**SGB II:** Weisung

**SGB III:** nicht betroffen

**Familienkasse:** nicht betroffen

---

**Die Zentrale unterstützt ab sofort die gE in der Prozessführung vor dem BSG. Sie prüft und bewertet Sachverhalte, beobachtet die Rechtsprechung und berät die gE bei der Prozessführung.**

**Ziel ist, die Kenntnisse der Zentrale für die gE stärker nutzbar zu machen und der Zentrale einen vollständigen Überblick über die aktuellen Streitfälle zu verschaffen.**

## 1. Ausgangssituation

Die Durchführung der sozialgerichtlichen Verfahren der gemeinsamen Einrichtungen (gE) obliegt nach § 44b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) in allen Instanzen den gE. Nach § 44d Abs. 1 Satz 2 SGB II vertritt die/der Geschäftsführer\*in die gE gerichtlich und außergerichtlich.

Die Träger sind verantwortlich für die Rechtmäßigkeit der Leistungserbringung. Die BA stellt die einheitliche Anwendung des geltenden Rechts durch die „Fachlichen Weisungen“ sicher. Diese gelten für die Bundesleistungen und sind von allen gE anzuwenden.

Die für die richtige Rechtsanwendung verantwortlichen Träger sind nicht unmittelbar in die Sozialgerichtsverfahren eingebunden. Dadurch ist die Rechtsanwendung mit Friktionen behaftet. Dies kann für die Rechtsentwicklung im Rechtskreis SGB II nachteilig sein.



## 2. Auftrag und Ziel

Zur Sicherstellung ihrer Trägerverantwortung wird die BA auf die Prozessführung in der Revisionsinstanz Einfluss nehmen, indem sie die Argumente für die Revisionsverfahren mit den gE abstimmt.

Daraus kann sich im **Einzelfall** ergeben, dass:

- die Revision nicht eingelebt wird,
- einem Sprungrevisionsverfahren nicht zugestimmt wird,
- die durch die gE eingelebte Revision zurückgenommen wird oder
- die Kläger klaglos gestellt werden.

Dies entspricht der bisherigen Rechtslage.

Leistungen, für welche die BA als Träger nicht zuständig ist (insbesondere Bedarfe für Unterkunft und Heizung sowie für Bildung und Teilhabe) sind von dieser Regelung nicht umfasst.

## 3. Einzelaufträge

Um die Zentrale von den laufenden Verfahren in Kenntnis zu setzen, legen die gE die prozessrelevanten Unterlagen in den sozialgerichtlichen Verfahren, in denen die Revision gem. § 160 oder § 161 Sozialgerichtsgesetz zugelassen wurde, **und**

- die gE beabsichtigt, Revision einzulegen oder fristwährend bereits eingelebt hat, oder
- von der gegnerischen Partei Revision eingelebt wurde,

rechtzeitig vor und teilen den Ablauf der Revisions- und der Revisionsbegründungsfrist mit.

Vorzulegen sind die Fälle, bei denen die Berufungsentscheidung bzw. die Entscheidung, mit der die Sprungrevision zugelassen wurde, nach dem 31.10.2017 ergangen ist.

Fälle, bei denen Bundesleistungen nicht betroffen sind, sind von dieser Regelung nicht umfasst.

### 3.1 einzureichende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind insbesondere (ggf. sukzessive) zu übermitteln:

- a) Nutzung der eAkte



- Bei Revision des Prozessgegners: Revisionsschrift, Revisionsbegründung und Entwurf der Revisionserwiderung
- Bei eigener Revision: Revisionsschrift (ggf. im Entwurf) sowie Entwurf der Revisionsbegründung

b) Noch keine Nutzung der eAkte

- Aktenauszug der entscheidungserheblichen Unterlagen einschließlich angefochtenem Bescheid, Widerspruch und Widerspruchsbescheid
- Klageakte
- unter a) genannte Unterlagen

Die Zentrale erhält die endgültigen Schriftsätze nach Absenden zur Kenntnis.

Die Unterlagen können:

- per EGVP an das interne Postfach übermittelt werden oder
- per verschlüsselter Nachricht an das interne Postfach.

Sofern die eAkte noch nicht genutzt wird, kann es aufgrund der Größe der Dateien erforderlich sein, mehrere Nachrichten zu übermitteln.

### **3.2 Zeitraum bis zur Vorlage der vollständigen Unterlagen**

Die Unterlagen sind unverzüglich, spätestens vier Wochen vor Ende der Revisionsbegründungsfrist vorzulegen. Ggf. ist fristwährend Revision einzulegen oder Antrag auf Verlängerung der Begründungsfrist zu stellen.

## **4. Info**

entfällt

## **5. Koordinierung**

entfällt

## **6. Haushalt**

entfällt



## **7. Beteiligung**

entfällt

gez.

Unterschrift



Bundesagentur für Arbeit